

# Vorwärts

Wählt Liste 2  
Sozialdemokraten

SONNABEND  
5. November 1932

BERLINER VOLKSBLATT



WERBE-  
NUMMER

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Für Liste 2!

Unser Kampf für Recht und Freiheit!

Die gestrige Kundgebung im Sportpalast hat für die unerschütterliche Stärke der Sozialdemokratischen Partei in Berlin das eindrucksvollste Zeugnis abgelegt. Daß sie unter den erschwerten Umständen des Verkehrsstreiks einen so glänzenden Verlauf nehmen konnte, gibt ihr eine besondere Bedeutung. Auf's neue hat sich die sozialdemokratische Arbeiterchaft als ein Zentrum des moralischen Widerstandes gegen die nationalboltschewistische Verwirrung erwiesen. Ohne ihre Besonnenheit und Stärke wäre Deutschland schon längst ein einziges Trümmerfeld!

Am morgigen Wahlsonntag steht die Sozialdemokratie vor einer neuen Kraftprobe. Im Dreifrontenkrieg gegen die Regierung der Barone, gegen den Faschismus und die KPD. soll und wird sie aufs neue ihre Unerschütterlichkeit beweisen. Ihr werden sich alle zugesellen, die erkannt haben, daß die wirtschaftliche Krise nur mit Sozialismus und die politische Krise nur mit Demokratie zu heilen ist.

Auch hier ist der Berliner Verkehrsstreik geradezu Sinnbild der Situation. Getreu der Parole, daß der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu führen ist, sind die kommunistischen Arbeiter in eine politisch und moralisch unmögliche Einheitsfront mit den Hitler-Garden gegen ihre gewerkschaftlich disziplinierten Kollegen hineinmanövriert worden. Rotfront mit Hitler-Heil ist die neueste Mode. Aber auch diesem Rausch wird ein lahmschämliches Erwachen folgen.

Durch das tolle Treiben ringsum geht die Sozialdemokratie aufrecht ihren Weg. Sie ist und bleibt die Partei jener Volksmassen, die in aller Not und Sorge dieser Zeit ihren politischen Verstand bewahrt haben, und sie ist das gegebene Sammelbecken für jene Schichten, die nach dem Zusammenbruch törichter Illusionen zur Vernunft zurückfinden. In Verteidigung und Angriff, im Zerstören alter unhaltbar gewordener Zustände wie im Aufbau einer neuen besseren Ordnung der Dinge fällt ihr die entscheidende Arbeit zu.

Die Zukunft des arbeitenden Volkes, der Demokratie und des Sozialismus hängt von der Stärke ab, in der die Sozialdemokratische Partei morgen aus der Wahlschlacht zurückkehrt.

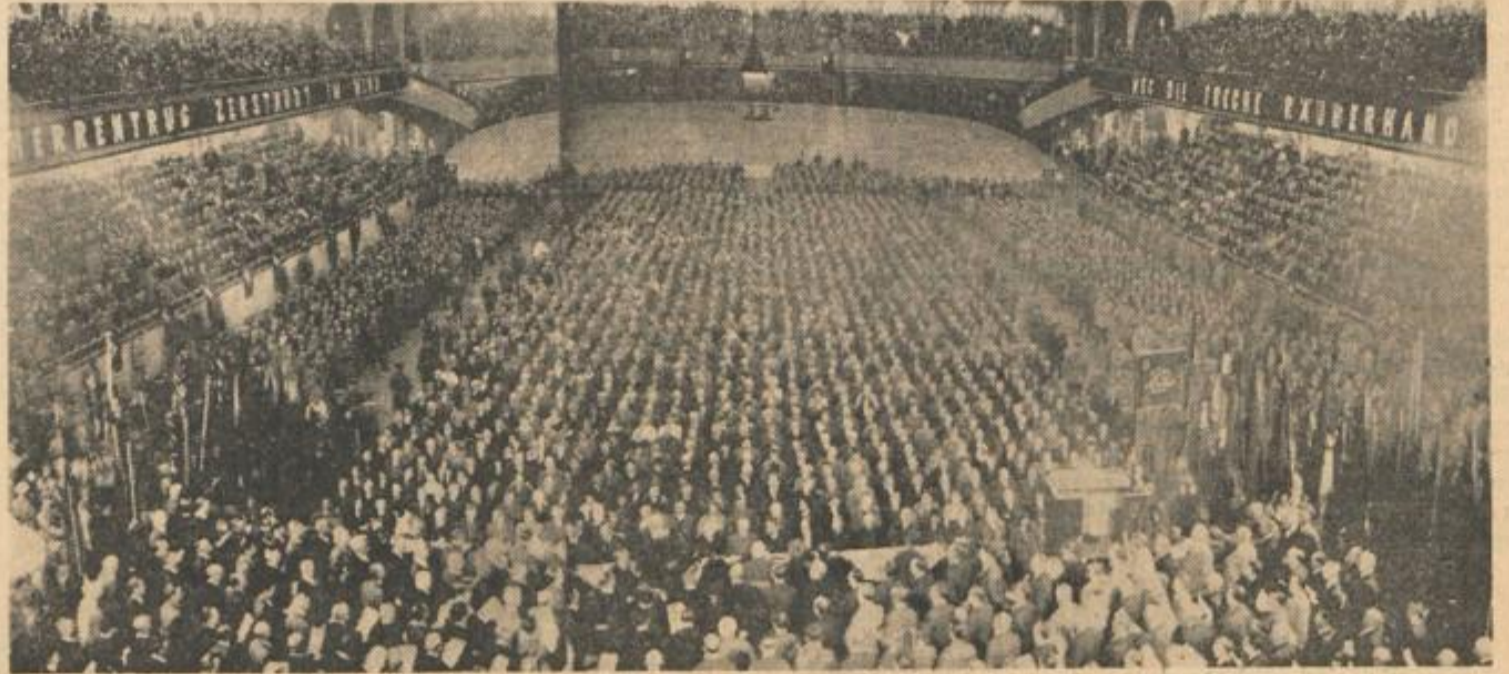
Daran denkt, in diesem Sinne handelt jeder Genosse und jede Genossin im unermüdeten Kampf

für Liste 2!

## Autoritäre Staatsführung Polizei als Allheilmittel

In der Reichskanzlei fand am Freitagabend eine Besprechung zwischen Vertretern der Reichsregierung und den in Preußen tätigen Kommissaren der Papen-Barone über den Berliner Verkehrsstreik statt. Man kam dahin überein, daß die gesamte Berliner Schutzpolizei heute ausgeboten werden soll, um dem Streik unter allen Umständen ein Ende zu betreiben.

Mit Polizei und Auftragsnachrichten allein stellt auch der kommissarischste Reichskommissar die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ nicht her. Dazu bedarf er auch eines Mindestmaßes von Vertrauen im Volke selbst!



Sozialdemokratische Riesenkundgebung im Sportpalast

Zehntausende demonstrieren für Freiheit und Sozialismus

## Frieden im Gasbetrieb

Bis 1. Februar 1933 erfolgt kein Lohnabbau — Die Arbeit geht weiter

Der Konflikt in der Gasbetriebsgesellschaft ist heute nacht um 2 Uhr nach Verhandlungen zwischen der Direktion und den freigewerkschaftlichen Vertrauensleuten beigelegt worden.

Wie erinnertlich, hatte die Direktion mit einer Verkürzung der Arbeitszeit von zwei Stunden — zur Vermeidung von Entlassungen — eine weitere Senkung der Löhne verlangt, so daß insgesamt eine Verdienstminderung von 7 bis 8 Proz. eingetreten wäre, nachdem innerhalb eines Jahres die Verdienstminderung der Belegschaft der Gasbetriebsgesellschaft bereits 30 Proz. betragen hat.

Die Gasbetriebsgesellschaft hatte mit der notwendigen Verkürzung der Arbeitszeit immer wieder gewartet. Während in den Städtischen Gaswerken die Arbeitszeitverkürzung auf 44 Stunden bereits im Januar 1931 einsetzte, als ein Lohnabbau noch nicht stattgefunden hatte und somit die

Verdienstminderung die Belegschaft weniger hart traf, begann die Gasbetriebsgesellschaft mit der Verkürzung der Arbeitszeit ein Jahr später, als die Löhne schon erheblich abgebaut waren. Dieser Umstand hat zur Verschärfung des Konflikts beigetragen.

Nachdem das Ergebnis der Abstimmung, worüber wir heute früh bereits berichteten, bekannt war, fanden noch in der Nacht neue Verhandlungen statt. Die Direktion erklärte sich schließlich bereit, die Arbeitszeitverkürzung ab 15. November eintreten zu lassen, jedoch die Lohnkürzung, die eine Angleichung an die Stundenlöhne der Städtischen Gasarbeiter bezweckt, erst ab 1. Februar 1933.

Diesem Ergebnis der Verhandlungen haben die Vertrauensleute noch heute nacht zugestimmt. Den Belegschaftsmitgliedern ist darüber heute vormittag Bericht erstattet worden. Damit ist der Konflikt bei der Gasbetriebsgesellschaft beigelegt.

## Teilverkehr in Berlin

Straßenbahn- und U-Bahnenbetrieb aufgenommen

Nach den blutigen Zwischenfällen des Freitagnachmittags verlief die letzte Nacht im großen und ganzen erfreulicherweise ruhig. An einzelnen Stellen hatten sich noch Menschenmassen zusammengedrängt, ohne daß es jedoch zu größeren Zwischenfällen gekommen wäre. Im Osten Berlins am Balkenplatz und in der Neuchlin- und Huttenstraße in Charlottenburg wurden Straßenbahnweichen durch Kommunisten und Nationalsozialisten durch Verschmieren mit Zement unbrauchbar gemacht.

Während in den frühen Morgenstunden die Straßen noch von jedem städtischen Verkehrsmittel entblößt waren, tauchten in der zehnten Stunde in den einzelnen Bezirken der Stadt die ersten Straßenbahnzüge auf. Auf den Straßenbahnhöfen hatten sich eine große Anzahl Arbeitswilliger eingefunden. Auch bei der U-Bahn konnte deshalb bald ein Teilverkehr und zwar zuerst auf der Strecke Spittelmarkt-Rüdnberger Platz eingerichtet werden. Sowohl die Straßenbahnzüge als auch die U-Bahnwagen waren durch Schutzpolizisten stark gesichert. Trotzdem zeigte sich, daß manche Straßenbahn-

züge vom Publikum nur sehr schwach benutzt wurden, weil man nach den gestrigen Vorfällen noch Befürchtungen hegte verletzt zu werden.

Gegen Mittag hatte die BVG. bereits über 20 Straßenbahnlinien mit etwa 140 Straßenbahnzügen im Betrieb. Außerdem wurde der Verkehr auf der Hochbahnstrecke Warschauer Brücke-Gleisdreieck-Westen wieder aufgenommen. Es hat den Anschein, daß im Lauf des Tages mit einem ziemlich normalen Verkehr gerechnet werden kann.

In den Vormittagsstunden zeigten sich in der Umgebung der Straßenbahndepots wieder verschiedentlich Gruppen von Nationalsozialisten und Kommunisten. Nirgends kam es jedoch zu neuen Sabotageakten, da die Polizei überall starke Posten aufgestellt hatte.

## Vollbetrieb in Spandau und Köpenick

Auf einem Teil der Straßenbahnhöfe, so auf dem Bahnhof 28 in Spandau, dem Bahnhof 26 in Köpenick konnten alle Linien in

Betrieb genommen werden. Bis 11 Uhr waren 130 Straßenbahnzüge, zum Teil mit Anhänger, im Betrieb. Der Omnibusverkehr soll vorläufig aus Sicherheitsgründen nicht aufgenommen werden. Auf der Stammstrecke der Hoch- und Untergrundbahn Breitenbachplatz-Linienstraße in Pankow wurde gegen 10 1/2 Uhr vormittags der Betrieb wieder aufgenommen, nachdem Beerszüge die Strecke abgefahren hatten.

## Monatskarten

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit:

Die Zeitkarten der U-Bahn gelten bis auf Widerruf auch auf allen Linien der Straßenbahn und umgekehrt die Monatskarten der Straßenbahn auf der U-Bahn.

## Müllabfuhr streift

Sympathiekundgebung mit der BVG.-Belegschaft

Gestern abend und heute vormittag fanden in den Depots der Städtischen Müllabfuhr Abstimmungen über einen Sympathiestreik statt, der zur Unterstützung der BVG.-Belegschaft stattfinden soll. Von den rund 1100 Beschäftigten stimmten 893 für Streik, 155 dagegen, während 20 Stimmen ungültig waren. Infolgedessen hat die gesamte Belegschaft der Städtischen Müllabfuhr die Arbeit niedergelegt.

## Klagges am Ende

Hugenberg kündigt Koalition

Braunschweig, 5. November.

In einer öffentlichen Erklärung kündigen die Deutschnationalen heute das Ende der gegenwärtigen Regierungskoalition und baldige Landtagsneuwahlen an. Die nationalsozialistischen Koalitionsfreunde werden als „parlamentarische Schwächer“ und als Parteiklügel und Bonzen bezeichnet, die durch einen großen Vertrauensbruch über die finanzpolitischen Absichten Dr. Brüninghals (Einführung einer Schlachtsteuer, das Zollsystem,

Eine ernste Mahnung

Der neue Reichsminister und als Kommissar in Preußen tätige Dr. Bracht schickt uns mit einem Briefbogen „Der Preußische Minister des Innern“ die folgende „Aufsage“...

Terrorakte, sondern der Vorwurf zu machen ist bei der Unterhaltung mit den kommunistischen Abgeordneten diesen zugeredet zu haben, Legalität zu „betonen“...

Berlin, den 4. November 1932.

Der preußische Minister des Innern.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt Dr. Bracht.

Das Schreiben, das Ministerpräsident Otto Braun an den Reichspräsidenten gerichtet hat, wird nun veröffentlicht. Es heißt darin:

„Die preußische Staatsregierung ist übereinstimmend der Auffassung, daß das Reich seine Pflicht, die Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober dieses Jahres durchzuführen, bisher nicht erfüllt hat.“

In erster Linie habe ich namens der Staatsregierung den Wunsch ausgesprochen, daß nunmehr die Verordnung vom 20. Juli aufgehoben und von allen Sondermaßnahmen in Preußen abgesehen wird.

unter diesen Umständen die Pflicht der Kommissare des Reiches, der verfassungsmäßigen Landesregierung mit der erforderlichen sachlichen und formellen Achtung ihrer Rechte zu begegnen.“

Der Brief schildert dann im einzelnen, wie sich die kommissarische Regierung weigere, dem Staatsministerium den ausreichenden amtlichen Apparat und die notwendigen Amtsräume zur Verfügung zu stellen.

Zum Schluß heißt es in dem Schreiben:

„Nach Artikel 19 Absatz 2 der Reichsverfassung vollstreckt der Reichspräsident das Urteil des Staatsgerichtshofs. Zugleich ist der Reichspräsident diejenige Instanz, welche nachzuprüfen hat, ob der Reichskommissar bei seinen Maßnahmen sachgemäß verfahren ist.“

Wir bitten Sie, Herr Reichspräsident, durch Ihre Anweisung es dem Lande Preußen und dem Reiche zu ersparen, daß nochmals der Staatsgerichtshof angerufen werden muß.“

Stürzungen der Beamtgehälter usw.) gegen die Interessen des Landes verstoßen hätten. Ein Zusammenarbeiten erscheint kaum noch möglich.

Auch Thüringen

Es wird verboten!

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Weimar, 5. November.

Die sozialdemokratische „Nithüringer Tribüne“ in Gera ist vom thüringischen Innenminister Saufel ab heute bis einschließlich Dienstag nächster Woche verboten worden wegen eines Artikels, in dem Kritik an dem Haggebetler des nationalsozialistischen „Volksbildungsministers“ Wächter geübt wird.

Außerdem hat die Polizeidirektion in Altenburg eine für heute einberufene öffentliche Kundgebung der Eisernen Front wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten.

GA.-Bandalen

Der nächtliche Ueberfall

Wie bereits kurz mitgeteilt, wurde in der vergangenen Nacht von einem SA-Terrortrupp auf das Reichsbanner-Verkehrsfokal in der Stralauer Straße 10 ein Ueberfall verübt.

Nach Schluß der gestrigen Kundgebung im Sportpalast wurden an verschiedenen Stellen der Stadt sozialdemokratische Versammlungsteilnehmer von nationalsozialistischen Wegekameraden überfallen.

In Röntgental schossen Hakenkreuzler auf heimkehrende Reichsbannerleute. Der Ueberfall trug sich in der Nähe des berühmten Lokals „Eidelweiß“ zu.

Besserung im Befinden Seeringers. Das Befinden des Genossen Seering, der nach einer Wahlvergiftung in Frankfurt a. M. an Luftschleimkrampf erkrankte, ist soweit gebessert, daß er nach Bielefeld zurückkehren konnte.

Lorgler erklärt

Worüber hat er verhandelt?

Der Reichstagsabgeordnete Lorgler und der Bundtagsabgeordnete Kasper übergeben der Öffentlichkeit folgende Erklärung:

„Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom Freitag, dem 4. November, veröffentlicht Auszüge aus dem amtlichen Protokoll über Befundungen, die der Oberregierungsrat Diels über unsere Unterredung mit dem Staatssekretär Dr. Abegg am 4. Juni 1932 gemacht haben soll.“

Es ist unwahr, daß bei jener Unterredung, zu der wir durch den Staatssekretär Abegg und den Oberregierungsrat Diels aufgefordert wurden, zwischen uns und Herrn Abegg irgendwelche Vereinbarungen, wenn auch nur informeller Art, getroffen wurden.

Kaputte Finanzen

Pressenotiz: Das Defizit in Preußen wächst.



BRACHT

Bracht: „Bis zum 6. November werde ich's gerade noch halten können.“

Gewählt wird

von 9 bis 6 Uhr

Liste 2

Weise der Standpunkt unserer Partei vertreten, die den schärfsten Kampf gegen die Papen- und Schleicher-Regierung im Reich und die Hitler-Bewegung, auf deren Rücken Papen zur Macht gekommen ist, mit dem rückhaltlosen Kampf gegen die Braun-Severing-Regierung in Preußen stets verbunden hat.“

Nazifreie in Eutin

Polizeichef verhaftet Polizei

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Eutin, 4. November.

Der Schwabensireich des nationalsozialistischen Regierungspräsidenten Böhmker, der den deutschnationalen Bürgermeister seines Amtes entsetzt hat, löst missamt seinen Begleiterscheinungen mehr und mehr ein schallendes Gelächter aus.

Die Polizei verhaftete einen flüchtigen Nationalsozialisten, der wegen einer Anzahl Vergehen im Zusammenhang mit den Bombenattentaten gesucht wurde und sich vorübergehend in Eutin aufhielt.

In Eutin hat dieser Streich neben anderen, die sich in den letzten Tagen ereignet haben, das Gelächter noch weiter ansteigen lassen.

Siebling des Gerichts

Nazirowdy straffrei

Die Strafkammer des Landgerichts II hob heute das Urteil des Schöffengerichts Schöneberg gegen den bereits einmal wegen Körperverletzung verurteilten SA-Mann Kaminiski, der 4 Monate Gefängnis erhalten hatte, auf und sprach ihn von der Anklage der gemeinschaftlichen gefährlichen

Körperverletzung frei. Es sei ihm nicht zu widerlegen, hieß es in der Urteilsbegründung, daß er in Notwehr gehandelt habe.

Im Juli d. J. befanden sich fünf Schöneberger Jungbannerkameraden auf dem Wege zum Jugendheim in der Hauptstraße. Ihnen entgegen kamen etwa 18 SA-Leute. Der größte Teil der Nazis war bereits an ihnen vorbei, als einer der Reichsbannerkameraden zu einem anderen sagte: Das ist der Zeitungshändler Sawieso.

Vom Auto erdrückt

SA-Leute in Schlesien verunglückt

Liegnitz, 5. November.

Als gestern Abend die ersten Teilnehmer einer nationalsozialistischen Versammlung in Groß-Bauditz aus dem Versammlungslokal auf die Dorfstraße in einer Kurve ins Schleudern. Der Lastzug mit Anhänger entging. Der Anhängerwagen geriet in der Kurve ins Schleudern.

Beamtenegehälter

Streit auch in Frankreich

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 5. November.

Die Regierung Herriot hatte auf dem radikalen Parteikongreß durch die Ablehnung des Fraktionszwangs bei Abstimmungen eine klare Niederlage erlitten. Wenige Stunden darauf trug Herriot einen Erfolg davon. Trotz heftiger Opposition billigte der Kongreß den Finanzplan der Regierung, der eine Verringerung der Beamtenegehälter und Pensionen vorsieht.







# Noch ist es nicht zu spät!

**Seid einig! Arbeiter und Arbeiterinnen! In euren Händen liegt die Macht!**

Am 8. November siegte die deutsche Arbeiterschaft über alle ihre Gegner — wäre sie nur einig!

Fünf Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte sind einig, sie stehen geschlossen mitten im harten

## **Kampf um den neuen Reichstag,**

weil sie damit zugleich um die

Erhaltung der demokratischen Republik um Freiheit, Frieden, Arbeit und Brot für alle ringen. Diesen Kampf führen die Gewerkschaften in der Ueberzeugung, daß sie damit

## **die Lebensgrundlagen der gesamten deutschen Arbeiterklasse**

verteidigen. Der Sieg in diesem heroischen Kampfe wäre einer geeinten Arbeiterschaft sicher. Er wird von den Gewerkschaften gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geführt

für eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit, für eine wirkliche Arbeitsbeschaffung, für die bessere Versorgung der Arbeitslosen, für die Beseitigung der egoistischen Profitwirtschaft, für die Verwirklichung des Sozialismus.

Der Kampf, den die Gewerkschaften jetzt zu führen haben um Lohn und Brot, um den Wiederaufbau einer zusammengebrochenen Wirtschaft,

## **dieser Kampf ist euer Kampf!**

Die Gewerkschaften haben die Arbeiterschaft Jahrzehnte hindurch aus schwerster Unterdrückung und Abhängigkeit herausgeführt und sie zu einer Macht zusammengeschlossen, die heute nicht mehr mit den Mitteln politischer Zwangsmaßnahmen zu überwinden ist.

## **Seid euch mit uns dieser Macht bewußt!**

Im Kampf um eine bessere Gegenwart und Zukunft ist die unverbrüchliche Solidarität der Arbeiterklasse, der Geist der Kameradschaft erste Voraussetzung für den endgültigen Sieg. Diesen Geist der Solidarität pflegen die Gewerkschaften, er allein hat der Arbeiterschaft reiche Früchte getragen.

## **Nichts ist den Arbeitern umsonst in den Schoß gefallen.**

Alles haben die organisierten Arbeiter unter schwersten Opfern böswilligen Gegnern abtrotzen müssen.

Den staatlichen Schutz für Kranke, Invaliden und für Arbeitslose haben sie in harten Kämpfen durchgesetzt. Galt nicht jede Unterstützung der Arbeitslosen als „Prämie auf die Faulheit“? Wer ist es, der jetzt wieder die Arbeitslosen zur Verzweiflung treibt? Wer kürzt alle Renten und Löhne zugleich, wer beseitigt den „Wohlfahrtsstaat“? Es sind dieselben Reaktionäre wie früher, vielfach nur in neuem Gewande! Kommen sie endgültig an die Macht, dann steigt das Elend der Arbeiter weiter an, die Willkürherrschaft in den Betrieben und Verwaltungen feiert neue Triumphe. Deshalb laßt euch nicht durch verlogene Angriffe gegen die Gewerkschaften irre machen.

Noch in den Jahren 1930-1931 standen 22,2 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in 15 298 gewerkschaftlichen Kämpfen und in 16 091 Betrieben mit 430 077 Beteiligten kam es zum Streik.

Die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten 28 Gewerkschaften hatten Ende 1931 für 8,4 Millionen Arbeitskräfte 11 713 Tarifverträge abgeschlossen.

Vor vier Jahrzehnten haben sich die Gewerkschaften zusammengeschlossen und in diesen 40 Jahren haben sie (ohne Inflationsjahre)

vereinnahmt . . . . . 4 575 378 437 Mark  
verausgabte . . . . . 3 705 321 447 Mark  
davon allein . . . . . 864 650 450 Mark für Streiks,  
251 482 297 Mark für Bildungszwecke

Unzähligen Arbeitern ist in Zeiten der Not, der Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität auf diese Weise geholfen worden.

## **Der Widerstand der Gewerkschaften**

gegen politische Bevormundung und gegen wirtschaftliche Unterdrückung der Arbeiter soll gebrochen werden. Vereinzelt stehend bleibt dem Arbeiter nur die Wahl, sich dem wirtschaftlich Stärkeren hilflos anzuliefern und zu unterwerfen.

Denkt daran, daß bis zum November 1918 Millionen es den Arbeitern, Angestellten und Beamten, insbesondere in den öffentlichen Betrieben

und Verwaltungen, im Verkehrsgewerbe, in der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft bei Strafe sofortiger Entlassung unterlag, sich wirtschaftlich zusammenzuschließen.

## **Die deutschen Gewerkschaften haben das freie Vereinigungsrecht unter schweren Opfern für alle ertrózt.**

Gestützt auf dieses Recht haben die Gewerkschaften die Wirtschaftslage der Arbeiter in Lohnkämpfen fortgesetzt verbessert. Prüft selbst die Zahlen aus der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Jahr	Lohnerhöhung		Arbeitszeitverfürzung	
	für Personen	Reichsmark pro Woche	für Personen	Stunden pro Woche
1905	412 331	2,08	183 658	3 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
1910	827 627	2,20	344 570	2 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
1913	915 972	2,21	324 794	2 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
1918	2 064 924	8,82	524 485	4 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
1924	3 351 040	3,02	178 634	4 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
1928	2 073 164	2,82	856 363	2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
1930	1 475 021	1,72	103 049	2 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>

Wieviel Arbeiter hatten bis 1918 Anspruch auf Ferien? Bis Ende 1930 war es den Gewerkschaften gelungen, für 9,5 Millionen Arbeiter und Angestellte den Ferienanspruch tariflich zu sichern.

Die Arbeiterschaft begann durch den Zusammenschluß ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Der Erfolg spricht aus den

## **Leistungen der Sozialversicherung (in Millionen Mark):**

	1931	1930	1913
Krankenkassen . . . . .	1618	2010	569
Unfallversicherung . . . . .	415	429	27
Invalidenversicherung . . . . .	1522	1475	243
Angestelltenversicherung . . . . .	263	225	15
Knappschaftsversicherung . . . . .	222	240	47
Allu und Krü . . . . .	2318	2144	Nichts
	6358	6492	1101

Die Zuschüsse des Reichs, der Länder und Gemeinden betragen 1930 etwa 3302 Millionen Mark, 1913 nur 58,5 Millionen Mark. Dazu kommen für 1931 an Wohlfahrtserwerbslose und für öffentliche Fürsorge 2000 Millionen, für Kriegsvorsorgung 1300 Millionen Mark.

Nicht Abbau, sondern Ausbau des Arbeiterschutzes fordern die Gewerkschaften. Allein 1,5 Millionen Unfälle verzeichnet das Jahr 1929, wobei 168 000 Unfälle schwer und 9500 tödlich verliefen. Hier greifen die Gewerkschaften seit Jahrzehnten ein, sie vertreten durch mehr als 600 Arbeiterssekretariate und Rechtsauskunftsstellen kostenlos die Ansprüche aller Mitglieder bis zum Reichsversicherungsamt. Jährlich rollen mehr als 400 000 Prozesse allein vor den Arbeitsgerichten ab, wobei 10 000 ehrenamtliche, von den Gewerkschaften geschulte Arbeitsrichter und Prozeßbevollmächtigte bis zum Reichsarbeitsgericht in Leipzig mitwirken.

## **Das alles und noch vielmehr steht für die gesamte Arbeiterklasse auf dem Spiele,**

wenn eine autoritäre Regierung weiter in der Macht bleibt und diese Autoritäten, d. h. der Machtwille von den Unternehmern im Betriebe ausgeübt wird. Hunderttausende Betriebsräte hätten ihre Rolle als gesetzliche Anwälte der Belegschaften ausgespielt.

## **Nicht RGO. oder Nazibetriebszellen**

können helfen, sondern einzig und allein starke Gewerkschaften, die im Reichstag ihre Vertreter finden durch die Sozialdemokratische Partei!

## **Diese Hilfe haben die Arbeiter sich selbst geleistet.**

Millionen Unorganisierte wissen nichts von dieser gewaltigen Selbsthilfeorganisation der deutschen Arbeiterklasse. Diese Millionen werden in der gegenwärtig schweren Notzeit zu Totengräbern an ihrer Klasse.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werdet Mitkämpfer!  
Reißt euch ein in die Front der Mitstreiter gegen die Reaktion, gegen den Kapitalismus.

## **Starke Gewerkschaften brauchen wir zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung.**

Nur über Einigkeit und Solidarität führt der Weg zur Freiheit, zu Arbeit und Brot.

**Es gibt nur eine Liste, für die ein politisch unterrichteter Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellter oder Beamter — kämpfen und stimmen kann:**

# Liste 2 Sozialdemokraten!